



## STANDORTLOGIK, BESCHÄFTIGUNGSGESELLSCHAFTEN UND ARBEITSLOSIGKEIT...

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

wir erleben seit Jahren weltweit einen in der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg bisher in dieser Qualität nicht da gewesenen Angriff der multinationalen Großkonzerne und den ihnen zuarbeitenden Regierungen auf die Beschäftigten und die Bevölkerungen in ihren jeweiligen Ländern.

Betrachten wir uns alleine die Entwicklungen in Deutschland, seitdem sich die europäischen Regierungschefs in der Agenda von Lissabon im Jahre 2000 nachdrücklich dafür aussprachen, binnen eines Zeitraums von 10 Jahren die USA als stärksten Wirtschaftsblock der Welt ablösen zu wollen, so hat diese Projektion seit dem Jahre 2002 der Bevölkerung und den Beschäftigten in diesem Lande einen Vorgeschmack darauf geliefert, was unter einem globalisierten, neoliberalen Wirtschaftssystem gemeint sein könnte... .

Siemens, DaimlerChrysler, Opel, VW... nahmen im letzten Jahr diese offene Einladung der politisch Herrschenden an, nun auch unverblümt die Bewertungen der Firmen nur noch nach dem Aktienkurs vorzunehmen (Sharholder Value), und die Entwicklung der Profite in den Vordergrund ihrer Geschäftstätigkeit zu stellen. wungenen Vorruhestand gestoßen. Seitdem haben sie zig-tausende von Arbeitnehmern/ innen direkt entlassen oder über Umwege, z.B. Beschäftigungsgesellschaften oder Vorruhestandslosungen indirekt in die Arbeitslosigkeit oder in den Vorruhestand gestoßen. Gleichzeitig setzte die damals regierende rot-grüne Koalition, unter aktiver Unterstützung aller im Parlament vertretenen Fraktionen, den bisher umfangreichsten Anschlag auf die sozialen Sicherungssysteme in der deutschen Nachkriegsgeschichte durch. Bereits den heutigen Schulkindern, soll unter den Begriffen Agenda 2010 und Hartz - Gesetze eingebläut werden, dass die heutigen Sozialleistungen zu hoch seien, wenn man auch in Zukunft noch das soziale Sicherungssystem erhalten wolle. Gleichzeitig ist die Einrichtung sogenannter

>Ein-Euro-Jobs< ein Druck- und Zwangsmittel für Millionen arbeitsloser Männer und Frauen, gar nicht erst langzeitarbeitslos zu werden, sondern sich mithilfe der Arbeitsagenturen und JobCenter in größer werdendem Ausmaße in den Niedriglohnssektor abdrängen zu lassen. Denn in vielen Regionen und Branchen werden faktisch seit über einem Jahrzehnt keine tariflich gebundenen, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr geschaffen. So etwa wurde im IT-Bereich – der ohnehin bisher nie zur >Jobmaschine< in der BRD gehörte – in den Jahren zwischen 1996 und 2003 ungefähr 300.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze abgebaut.

Die, die noch Arbeit haben, werden in Anbetracht dieser Entwicklung erpressbarer, weil durch die immense Ausweitung des sogenannten Niedriglohnssektors und prekärer Beschäftigungsverhältnisse auch der Druck auf den Lohn der unteren Tarifgruppen der Stammbesetzten wächst. Gleichzeitig wird der Druck durch das Management der Konzerne mithilfe des Totschlagsarguments der >Arbeitsplatzverlagerung< ins Ausland, des >Abbaus unprofitabler Arbeitsplätze< oder gar der Schließung ganzer Betriebe und Standorte erhöht, reale und zum Teil drastische Lohninbußen und Senkung erkämpfter Arbeitsstandards hinzunehmen.

Aktuelles Beispiel Continental in Stöcken, hier haben die Arbeiter vor einem ½ Jahr eine Betriebsvereinbarung zur „Standortsicherung“ abgeschlossen, um nun geschlossen zu werden.

Während den lohnabhängigen und arbeitslosen Menschen hier und heute Wasser, Verzicht und Repression gepredigt wird, besaufen sich die Manager dagegen mit Wein: Durchschnittlich 8% stiegen die Vergütungen der obersten Führungsetagen der

30 DAX-Unternehmen im letzten Jahr, das ist genauso viel wie das Wirtschaftswachstum Chinas 2004, wohin unsere Arbeitsplätze angeblich verlagert werden sollen, wenn wir nicht spüren... .

Und: Während die Deutsche Bank im letzten Jahr das beste Ergebnis ihrer Geschichte und 25% sogenannte >Eigenkapitalrendite< einfuhr, wurde von den Ackermans & Co. im gleichen Atemzug angekündigt, 6500 Arbeitsplätze >abzubauen<... .

### Berliner Situation

Auf lokaler Berliner Ebene brauchen wir nicht lange zu suchen, um vergleichbare Widersprüche aufzumachen: CNH, ehemals Orenstein-Koppel, BSH, Otis, JVC, Samsung.

Während etwa der Bosch-Siemens-Hausgeräte (BSH)-Konzern im vergangenen Jahr einen Gewinn von 600 Mio. Euro einfuhr, wurde den KollegInnen dort im April diesen Jahres eröffnet, dass 700 von circa 850 Beschäftigten zu gehen hätten, weil die Fertigung dort nicht rentabel sei... .

Besonders dreist hat sich bisher das Management des koreanischen Samsung Konzerns für Bildröhren in Berlin-Oberschöneeweide verhalten: Hier flossen bisher steuerfinanzierte Subventionen für das Werk in Höhe von 30 Mio. Euro jährlich. – Dennoch will der Konzern – pünktlich zum Auslaufen der Subventionszusagen zum 31.12.2005 – 710 der 800 Arbeitsplätze abbauen.

Samsung ist ein treffendes Beispiel dafür, wie hier der Steuerzahler und die Gesellschaft insgesamt für eine verfehlte Unternehmenspolitik in Geiselhaft genommen werden. Vor allem in den fünf neuen Ländern der BRD hat sich gezeigt, dass sich das Kapital seine Investition in Arbeitsplätze vom Steuerzahler nicht unerheblich bezuschussen lässt, um sie dann, wenn sich die Investition – nicht mehr lohnt, zu Lasten von Arbeitsplatzverlusten der Kolleginnen und Kollegen und der steuerzahlenden Allgemeinheit möglichst >kostenneutral< über die Einrichtung von Beschäftigungsgesellschaften oder Abfindungszahlungen für die >freizusetzenden< Kollegen und Kolleginnen wieder profitträchtig abzustoßen.

## Die Rolle der Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsführung und ihre obere Verwaltungsbürokratie sind in diesem, für die Gesellschaft und viele Kollegen und Kolleginnen existenziell bedrohlichen Angriff des Kapitals, seit Jahren eigentlich nur noch durch aktive Kollaboration mit Regierung und Wirtschaft erkennbar. Viele von uns haben es nur mit geballter Faust in der Tasche mit ansehen können, wenn alleine in den letzten anderthalb Jahren durch die mit dem Kapital gegen unsere Interessen vereinbarte sogenannte „Pforzheimer Erklärung“ der Flächentarifvertrag zunehmend ausgehöhlt und ergänzende Haustarifverträge abgeschlossen wurden, die zwar den Profitinteressen des Kapitals nützen, Tausende und Abertausende Kollegen und Kolleginnen aber bisher in Arbeitslosigkeit gestürzt haben oder noch stürzen werden.

Wenn die Gewerkschaftsbürokratie ihren Anteil an dieser Misere auch noch vor uns, die in diesem Land den Reichtum schaffen, schönredet und vertuscht und den Kollegen und Kolleginnen Arbeitsplatzabbau, Einrichtung von Beschäftigungsgesellschaften, Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie direkte oder indirekte Arbeitszeitverlängerungen als Erfolg verkaufen will, dann ist das nichts anderes als das Eingeständnis, nicht für die Interessen der Kollegen und Kolleginnen kämpfen zu können oder zu wollen. Wesentliche Veränderungen für die arbeitende Klasse in den letzten Jahrzehnten, etwa die 35-Stunden-Woche, Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle und Mitbestimmungsrechte sind aber erst in harten Auseinandersetzungen von den Belegschaften selbst erkämpft worden. Wir müssen aus dem Denken raus kommen, dass die Gewerkschaftsfürsten es zusammen mit dem Kapital „schon wieder richten werden“ und „ich als einzelner Malocher mich da noch mal rumlavieren kann“... Für einzelne Kollegen und Kolleginnen, die jetzt vor der Rente stehen, mag die

ganze Entwicklung vielleicht noch mal einigermaßen glimpflich abgehen, für die meisten, vor allem Jüngeren wird das nicht der Fall sein, sie werden verlieren, wenn wir uns jetzt nicht aus dieser inneren Denkstarre von der Alternativlosigkeit der Globalisierung lösen und wirklich anfangen im Betrieb um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Um unseren eigenen, aber auch für den des Kollegen neben mir oder desjenigen Kollegen und Kollegin um die Ecke, an einem anderen Standort oder in einer anderen Branche, gerne mit, aber wenn wir wieder einmal nur verraten und verkauft werden sollen, gerne auch ohne den sozialpartnerschaftlichen Rat der Gewerkschaftsoberen, wie uns das Beispiel von den Bochumer Kollegen und Kolleginnen bei Opel gezeigt hat... .

Wenn wir tatsächlich anfangen, den Kampf im Betrieb in unsere eigenen Hände zu nehmen und ihn nicht korrupten und abgehobenen Gewerkschafts- und Betriebsratsfürsten überlassen, die –, unsere Interessen verraten werden, wenn wir ihnen nicht rechtzeitig auf die Finger hauen, haben wir eine echte Option, Arbeitsplätze auch wirklich erhalten zu können – zu unseren Bedingungen. Dazu ist es in der jetzigen Situation unumgänglich, den Kampf um den Erhalt unserer Arbeitsplätze mit der Forderung nach einer generellen und deutlichen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu verbinden.

## Solidarität

Das setzt allerdings voraus, das wir uns über Betriebs-, Konzern-, Branchen- und Länderebene hinweg mit den anderen Kollegen und Kolleginnen und in die Gesellschaft hinein miteinander verständigen, etwa indem wir bei Arbeitskämpfen Betriebsdelegationen zu Informationsbesuchen an andere Standorte, auch im Ausland senden und Kollegen und Kolleginnen von dort in unseren Kampf integrieren. Denn die heutigen Kämpfe um unsere Arbeitsplätze können in Zeiten der Globalisierung nur auf einer betriebs- und konzernübergreifenden, internationalen Ebene erfolgreich sein. Dazu muss massiver Druck auf die Gewerkschaften auf Betriebs- und Bezirksebene und allen sonstigen Ebenen aufgebaut werden, nun endlich zusammen mit uns unsere Interessen zu erkämpfen. Damit setzen wir der heute vorherrschenden kapitalistischen Interpretation dessen, was Globalisierung zu sein hat, unsere – und die wohl der überwiegenden Mehrheit der Menschen auf diesem Globus – entgegen: Dass Globalisierung dem Menschen und seiner Entwicklung zu dienen hat und sie sicherzustellen hat, dass er in ihr seine existenzielle Grundlage erwirtschaften kann, unabhängig davon, wo er lebt.

V.i.S.d.P. Anti-Hartz-Bündnis, Berlin, c/o Georg Daniels, Reichenberger Strasse 53, 10999 Berlin  
[www.anti-hartz.de](http://www.anti-hartz.de)  
[info@anti-hartz.de](mailto:info@anti-hartz.de)

Unser nächstes Treffen ist am 22.01.2006 um 17 Uhr im Baiz Torstrasse / Christinenstrasse - nahe U-Bhf Rosenthaler Platz